
**Liebe Leserinnen und Leser,**

Nach dem 40. Geburtstag des BBU im Juni wird jetzt die Zeitung Graswurzelrevolution 40 Jahre jung. Aus diesem Anlass findet vom 07. – 09. September in Münster eine rauschende „Konferenz-Party“ statt. Mehr dazu unter <http://www.graswurzel.net/news/40jahre.shtml> und auch weiter unten im Newsletter. Die BBU-Newsletter-Redaktion wünscht den KollegInnen der Graswurzelrevolution ein tolles Wochenende und viel Erfolg für die nächsten 40, 80 oder gar 120 Jahre ...

Und auch beim BBU steht eine Jubiläumsfeier der besonderen Art an: Am **17. November** wird in Bonn die **BBU-Jubiläums-Mitgliederversammlung** stattfinden. BBU-Mitglieder sollten sich den Termin bereits jetzt dick in die Terminkalender eintragen. Und wer noch schnell bis zur MV BBU-Mitglied wird, darf natürlich auch mit auf die nächsten 40 Jahre anstoßen! Aufnahmeanträge können hier ausgedruckt werden: <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>. Alle BBU-Mitglieder können bereits jetzt Anträge, Resolutionsentwürfe etc. zur MV in der BBU-Geschäftsstelle einreichen. Weitere Informationen zum Tagungsort, die Tagesordnung usw. folgen noch.

Hier noch einmal zur Erinnerung zwei Geburtstagswünsche des BBU:

Zu seinem 40. Geburtstag wünscht sich der BBU neue Mitglieder (Initiativen, Verbände und Privatmitglieder), die tatkräftig mitarbeiten und ihr vielfältiges Wissen zum Schutz der Umwelt einbringen. Außerdem würde sich der BBU über kleine und große Spenden freuen, die dazu beitragen würden, die wichtige Umweltschutzarbeit des BBU auch zukünftig zu gewährleisten.

Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666. Stichwort: 40. Geburtstag.

Die BBU-Newsletter-Redaktion wünscht Euch noch schöne Sommertage und viele kreative Ideen für den täglichen Widerstand.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU-Facebookseite

Bürgerinitiativen, die Informationen für die BBU-Facebookseite haben, können diese senden an Buchholz@bbu-bonn.de. Die BBU-Facebook-Seite findet man im Internet unter <https://www.facebook.com/BBU72>.

BBU-Pressearbeit I

Bürgerinitiativen, die gemeinsam mit dem BBU als Dachverband Pressemitteilungen veröffentlichen möchten, können sich zur Absprache beim BBU-Pressereferenten Udo Buchholz unter 02562-23125 melden – oder per E-Mail über Buchholz@bbu-bonn.de

BBU-Pressearbeit II

Die Übersicht aller aktuellen BBU-Pressemitteilungen findet man hier: <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

Neue Vortragsreise: Die Situation in Japan nach Fukushima

(UB) Im Herbst 2011 hat der BBU mit Herrn Kobayashi aus Tokio eine Vortragsreise durch mehrere deutsche Städte organisiert. Auch in diesem Herbst wird Herr Kobayashi in die Bundesrepublik kommen, um über die gesundheitlichen Auswirkungen der Fukushima-Katastrophe, über die engagierte japanische Anti-Atomkraft-Bewegung und über die aktuelle japanische Energiepolitik zu informieren. Wer in der Zeit von Ende Oktober bis Ende November eine Veranstaltung mit Herrn Kobayashi planen möchte, sollte sich möglichst bald mit der BBU-Geschäftsstelle oder der BBU-Newsletter-Redaktion in Verbindung setzen. Der große Vorteil: Herr Kobayashi trägt seine Vorträge deutschsprachig vor, so dass keine ÜbersetzerInnen benötigt werden. Informationen zur Vortragsreise 2011 unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/07.10.11.html>.

29. September: Internationaler Aktionstag gegen die Uranindustrie

(UB) Die Atomindustrie erzählt der Bevölkerung immer das Märchen vom sauberen Atomstrom. Verschwiegen wird, dass der Uranabbau, der für die Atomstromproduktion erforderlich ist, alles andere als sauber ist. Bei einer Konferenz gegen den Uranabbau und die Uranverarbeitung, die im Februar in Münster stattgefunden hat, ist für den 29. September die Durchführung eines internationalen Uran-Aktionstages beschlossen worden. In verschiedenen Ländern sollen dabei dezentrale Aktionen gegen die international verflochtene Atomindustrie stattfinden.

In dem Aufruf zur Durchführung von Aktionen heißt es u. a.: *Werdet aktiv – organisiert auch etwas bei eurem nächsten Standort der Atomindustrie, vor Konzernzentralen, Parteibüros oder Atom-Banken! Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!*

Auch in der Bundesrepublik wird am 29.9. gegen die Uranindustrie demonstriert, u. a. in Essen, Frankfurt, Duisburg und in Gronau (und dort grenzüberschreitend auch in Almelo / NL). Weitere Infos zum Aktionstag, Aktionsorte und den ganzen Aufrufertext findet man unter www.uranium-action-day.info. Leider war der Zugang zu der Internetseite bei Redaktionsschluss des BBU-Newsletter unterbrochen. Sollte das anhalten, können Interessierte auch Infos über die BBU erfragen, bzw. sie können dem BBU auch die Durchführung eigener Aktionen mitteilen.

Für die nächsten 100 Tage: Neues Tempo für neue Energien - Kernforderungen des BBU **Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat für die weitere Arbeit des Bundesumweltministers Kernforderungen aufgestellt. Peter Altmaier soll insbesondere auf neue Berater setzen und die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger bei Genehmigungsverfahren verbessern.**

Nach Auffassung des BBU wird das Lamento um die Energiewende und ihre Kosten immer unerträglicher. Horrorbotschaften aus Industrie, Regierung und von so manchen Bundestagsabgeordneten sorgen für Verunsicherung und folgen einander in Serie. Am schlimmsten ist jedoch, dass die Lobbyisten der Gegenenergiewende sich selbst im Bundesumweltministerium eingenistet haben. Deswegen fordert der BBU als Erstes einen Austausch der bisherigen „Berater“ des Umweltministers in Sachen Energie und Energiewende.

Jürgen Rochlitz vom geschäftsführenden Vorstand des BBU zur Situation im Umweltministerium: *„Die richtigen Berater für den Bundesumweltminister sitzen im Präsidium des Umweltbundesamtes (UBA) und im Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU). Wer die Energiewende will, darf nicht die weltweit einmalige Spitzenleistung in Deutschland beim Aufbau erneuerbarer Energiequellen fehl interpretieren. Diese Leistung muss weiter getrieben werden; ihr Tempo darf nicht mit Kostenargumenten gedrosselt werden!“*

Wenn etwas die Kosten der Energie hoch treibt, dann sind es die speziellen Subventionen für energieintensive Betriebe. Die bisherige Politik verkennt, dass gerade energieintensive Produktionen und Produkte nicht mehr zeitgemäß und nicht nachhaltig sind. Höhere Energiepreise für diesen Wirtschaftssektor wären die richtigen Anreize zum effizienteren Produzieren mit weniger Energie.

Zweitens gehört für den BBU zu den vordringlichsten Aufgaben der Umweltpolitik, die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger deutlich zu verbessern – zumindest auf den früher erreichten Stand. So ist beispielsweise die Durchführung eines Erörterungstermins in einem immissionsschutzrechtlichen Verfahren derzeit in das Ermessen der Behörde gestellt. Sie kann sich so der Diskussion mit den Betroffenen entziehen. Der BBU fordert, die langjährig bewährte Praxis, einen Erörterungstermin zwingend abzuhalten, wieder einzuführen.

Pressemitteilung des BBU vom 30.08.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/30.08.12.html>

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Anti-Atomkraft-Landeskonferenz lehnt Atommülltransporte von NRW in die USA ab

Die Landeskonferenz (LaKo) der nordrhein-westfälischen Anti-Atomkraft-Initiativen hat bei ihrem ersten Treffen nach den Sommerferien in Köln mögliche Atommülltransporte mit 152 Castorbehältern vom Jülicher Atomforschungszentrum in die USA abgelehnt. Ein wichtiges Konferenzthema war das Atom-Forschungszentrum Jülich, in dem der Atomare Versuchsreaktor (AVR) im Jahre 1978 einen schweren Unfall hatte und nur um Haarsbreite am „Super-Gau“ vorbei schlitterte. Der besagte AVR soll nun gekippt und 200 Meter weiter in ein Zwischenlager verbracht werden. Dieses Vorgehen wurde bei der Konferenz kritisiert und die Erstellung eines autonomen Sicherheitsgutachtens wurde gefordert.

Die Atomanlage im belgischen Tihange, wo seit Jahren 2 Liter radioaktives Wasser täglich austreten, ohne dass die Behörden das Leck lokalisieren können, war ein weiterer Tagesordnungspunkt der Konferenz. Ein neues Problem dieses AKWs sind eventuelle Risse im Reaktorbehälter (Block2), die am 10. September 2012 untersucht werden sollen. Die NRW-Landeskonferenz der Anti-Atomkraft-Initiativen fordert von der belgischen Regierung die sofortige Stilllegung des AKW Tihange! Grundsätzlich wird die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen gefordert. Eine Zusammenarbeit mit belgischen und niederländischen Gruppen und Verbänden soll für den internationalen Widerstand angestrebt bzw. intensiviert werden. Hier sind v. a. die UnterzeichnerInnen des offenen Briefes der Euregio-Anti-Atom-Initiativen von Mitte Juli gefordert. (<http://antiatomeuskirchen.blogspot.de/2012/07/20/laufzeitverlaengerung-fuer-lecken-atomreaktor-tihange-1-ein-offener-brief/>)

Die Anti-Atomkraft-Initiativen in NRW werden sich weiterhin an bundesweiten und grenzüberschreitenden Anti-Atomkraft-Demonstrationen beteiligen und sie werden auch in NRW konsequent ihre Aktionen für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen fortsetzen.

Die KonferenzteilnehmerInnen vernetzten sich mit den Anti-Kohle-AktivistInnen und planen eine gemeinsame Konferenz vom 9.11. - 11.11.12 ebenfalls in Köln. Der Zusammenschluss soll die Energiewende in eine umweltfreundliche Richtung vorantreiben (www.ausgeco2hlt.de).

Aus Platzgründen stark gekürzte Pressemitteilung der LaKo vom 31.08.2012, in der auch der BBU mitwirkt. Vollständiger Text der Pressemitteilung unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/31.08.12.html>.

Der BBU fordert die sofortige und endgültige Stilllegung des französischen AKW Fessenheim

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat nach dem jüngsten Störfall mit zwei Verletzten im französischen Atomkraftwerk Fessenheim die sofortige und endgültige Stilllegung des Reaktors gefordert. "In dem AKW Fessenheim gab es immer wieder Störfälle, das Ding muss endgültig stillgelegt werden", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz in einer ersten Stellungnahme.

Grundsätzlich fordert der BBU die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und unterstützt auch die deutsch-französische Zusammenarbeit der Anti-Atomkraft-Bewegung. Heftig kritisiert werden vom BBU zudem die häufigen und hochgefährlichen Uranhexafluoridtransporte, die zwischen dem französischen Pierrelatte und dem Atomstandort Gronau in Westfalen mit Sonderzügen und mit Lastwagen erfolgen. Grenzüberschreitender Protest wird u. a. am 29.9. in einem internationalen Uran-Aktionstag münden (www.uranium-action-day.info).

Pressemitteilung des BBU vom 05.09.2012



Birkner gegen weitere Castor-Transporte – BI fordert Taten

Wieder einmal greift Stefan Birkner (FDP) ein heikles Thema auf. Nach Gorleben solle nach dem Willen des niedersächsischen Umweltministers keine weitere Castor-Transporte rollen. Der „Financial Times Deutschland“ (Donnerstagsausgabe) sagte er, das Land habe den gesamten deutschen Atommüll aus ausländischen Wiederaufbereitungsanlagen eingelagert. Jetzt seien andere dran, die restlichen 26 Castorbehälter aus dem britischen Sellafield und dem französischen La Hague aufzunehmen. Aus La Hague, so die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), sollen auf Antrag der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) bis zum Jahr 2015 fünf weitere Castoren rollen, ab 2015 sind 21 Castorbehälter mit Abfällen aus der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield eingeplant. „Seit November letzten Jahres reden niedersächsische Minister davon, dass Gorleben nicht mehr angefahren werden soll, aber niemand hat Verhandlungen mit der GNS aufgenommen, statt der üblichen Beteuerungen wollen wir Taten“, sagte Wolfgang Ehmke (BI).

Die Gorleben-Gegner sehen einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Lagerung des hochradioaktiven Mülls im oberirdischen Zwischenlager und dem Ausbau des Endlagerbergwerks. „Dass bisher nur für Gorleben ein Transportantrag gestellt wurde und ein Genehmigungsverfahren für andere Standorte womöglich Jahre dauert, scheint Herrn Birkner bei seinen Wahlkampfversprechen nicht zu stören.“, kritisiert BI-Sprecher Lennart Müller.

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 06.09.2012. Weitere Informationen unter www.bi-luechow-dannenberg.de. Die Bürgerinitiative ist Mitglied im BBU.

Spendenaufruf für Fukushima – Themen der neuen Gorleben-Rundschau

Zum zweiten Mal nach der Fukushima-Katastrophe reiste eine Delegation aus dem Wendland nach Japan. Martin Donat und Lennart Müller waren zum Hiroshima-Gedenktag eingeladen. Ein erster Bericht findet sich in der September-Ausgabe der Gorleben-Rundschau, die jetzt auch in der Printfassung vorliegt und im BI-Büro angefordert werden kann (Tel. 05841-4684).

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) sammelt Spendengelder für ein selbstorganisiertes Gesundheitszentrum in Japan. Die Regierung leugnet einen Zusammenhang mit der Katastrophe von Fukushima und die Ärzteschaft spielt das Spiel zum größten Teil mit. Deshalb planen die Betroffenen, die Hilfe selbst zu organisieren und organisieren den Bau eines Gesundheitszentrums. Von den angepeilten drei Mio. Euro sind bisher allerdings nur 27 000 Euro zusammengekommen. Die BI sammelt Spenden für dieses Projekt, die den Betroffenen direkt zur Verfügung gestellt werden.

„Frische“ Blog-Berichte aus Japan über den Reiseverlauf, Gespräche und die Anti-AKW-Demonstrationen in Japan finden sich auf der Homepage der BI (www.bi-luechow-dannenberg.de) unter dem Stichwort „Japan-Reise“.

Der weitere Ausbau des Endlagerbergwerks Gorleben geht in die Verlängerung. Jochen Neumann stellt für die Initiative Gorleben365 (www.gorleben365.de) dar, warum die Blockadeaktionen auch in die Verlängerung gehen. Ursprünglich waren der Rahmen- und Hauptbetriebsplan für die Weitererkundung vom ehemaligen Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) nach der Aufhebung des Moratoriums vor zwei Jahren auf den 30. September befristet, jetzt soll für zunächst 3 Monate weitergebuddelt werden. Die BI ist dran und bemüht sich, „Licht ins Dunkel“ des Gorleben-Gestrüpps zu bekommen.

Noch eine Stimme mehr gegen die Eignung des Salzstocks Gorleben erhebt sich aus fachlicher Sicht. Der Bergmann und Bergingenieur Egbert de Beyer erklärt im Interview mit Jan Becker, dass seine Warnungen vor der Instabilität der Asse II vor rund 30 Jahren in den Wind geschlagen wurden. Auch für Gorleben sieht er massive Probleme wegen der

absehbaren Konvergenzbewegungen, beim Ausbau des Endlagerbergwerks seien gravierende Fehler gemacht worden.

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 07.09.2012. Die Bürgerinitiative ist Mitglied im BBU.

Das AKW Leibstadt (Schweiz) sofort und endgültig stilllegen!

(UB) Der BBU hat sich bereits wiederholt gegen Atomprojekte in der Schweiz engagiert. Jetzt muss das AKW Leibstadt mehr in den Mittelpunkt des Interesses gerückt werden.

Die Gruppe „Atomrechnung“ aus der Schweiz hat den BBU und die BBU-Newsletter-Redaktion darauf aufmerksam gemacht, dass das AKW Leibstadt ein Problem mit einer Schweißnaht hat. In einer Pressemitteilung der AKW Betreiber vom 04.09.2012 heißt es dazu:

„Das Kernkraftwerk Leibstadt hat im Zuge der Jahres-hauptrevision 2012 verschiedene Ultraschall-Prüfungen am Reaktordruckbehälter durchgeführt. Dabei wurde an einer Schweißnaht eines Speisewasser-Stutzens ein meldepflichtiger Befund registriert. (...) Inwieweit die Jahreshauptrevision aufgrund der erforderlichen Reparatur verlängert werden muss, hängt von den notwendigen Arbeiten ab und kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden.“ Quelle: http://www.kkl.ch/upload/cms/user/MM_MeldepflichtigerBefund_4.9.20121.pdf

Initiativen und Organisationen, die sich verstärkt gegen das AKW Leibstadt engagieren möchten, oder bereits dagegen aktiv sind, können sich zur Vernetzung in der BBU-Geschäftsstelle oder direkt per E-Mail bei der BBU-Newsletter-Redaktion unter Buchholz@bbu-bonn.de melden.

Weitere Informationen über die Arbeit der Gruppe „Atomrechnung“ gibt es im Internet unter <http://atomrechnung.ch/home>.

Anti-Atomkraft-Demo am 22. September in Ludwigsburg

Am 22. September soll im Ludwigsburger Schloss der „Rede an die deutsche Jugend“ des einstigen französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle im Jahr 1962 gedacht werden. Zu diesem Anlass werden auch der französische Präsident François Hollande und Bundeskanzlerin Angela Merkel in Ludwigsburg anwesend sein.

Beim „Treffpunkt Antiatom“ wurde beschlossen, an diesem Tag in Ludwigsburg eine Demo oder Aktion durchzuführen. Wir möchten die deutsch-französische Freundschaft der Anti-Atom-Bewegung betonen und für die globale Energiewende eintreten. Auch Fessenheim als binationales Projekt (17,5% EnBW-Anteil) kann beispielhaft kritisch thematisiert werden.

Quelle und weitere Informationen auf der Homepage der BBU-Mitgliedsorganisation BBMN: <http://www.bbmn.de/>. Der BBU begrüßt die Aktivitäten des BBMN und ruft auch zur Teilnahme an dem Protest auf.

Fracking

BBU fordert klare Haltung von der NRW-Landesregierung – Weder industrielles Fracking noch „Forschungs-Fracking“ zulassen

Obwohl das Gutachten des NRW-Umweltministeriums zum Fracking noch nicht veröffentlicht ist, führt die Landesregierung bereits hinter verschlossenen Türen die Diskussion über die Schlussfolgerungen. Die jetzt bekannt gewordenen Pläne, eine Art „Forschungs-Fracking“ durchzuführen, werden allerdings vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) als unverantwortlich abgelehnt.

Oliver Kalusch ist Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des BBU sowie des begleitenden Arbeitskreises des NRW-Umweltministeriums zum Fracking-Gutachten. Er erklärt hierzu: „Die Erkenntnisse aus den USA über Grundwasserkontaminationen und Gesundheitsschäden sind eindeutig. Daraus müssen jetzt die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Ein „Forschungs-Fracking“ ist dabei ein Schritt in die falsche Richtung, da hierdurch der Einstieg in eine unbeherrschbare Risikotechnologie eingeleitet werden soll. Zudem können auch „Forschungs-Fracks“ mit erheblichen Gefahren für den Menschen und die Umwelt verbunden sein. Notwendig ist keine weitere Forschung, sondern ein Ende aller Fracking-Pläne.“

Der BBU fordert daher die NRW-Landesregierung auf, nicht nur weiteren Erkundungen von unkonventionellen Erdgaslagerstätten oder industriellem Fracking eine Absage zu erteilen, sondern sich auch eindeutig gegen jede Form eines „Forschungs-Fracking“ auszusprechen. Weiterhin fordert der BBU von der NRW-Landesregierung eine Bundesratsinitiative, um Fracking in Deutschland ausnahmslos zu verbieten.

Pressemitteilung des BBU vom 06.09.2012



Geburtstag

Die Strömung des gewaltfreien Anarchismus in der BRD wird 40 Jahre alt! Die Zeitschrift Graswurzelrevolution feiert ihr Jubiläum mit einem Kongress vom 7.-9. September in Münster

Ihre Vorläufer sind ein bunter, auf den ersten Blick widersprüchlicher Haufen von Namen und Bewegungen: (...)

Dabei konnten die Graswurzel- und gewaltfreien Aktionsgruppen aus ihrer Sicht in vier Jahrzehnten durchaus viel bewirken. Gleich nach ihrer Gründung, die durch wichtige internationale Einflüsse unterstützt wurde (Larzac-Widerstand, Kampagnen der War Resisters' International usw.), erarbeiteten die ersten Gruppen zusammen mit den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen das Konzept für die Platzbesetzungen in Wyhl: Die Ökologie- und die Anti-AKW-Bewegung (heute: Anti-Atom-Bewegung) waren geboren. Immer wieder griffen die oft von den Autonomen oder anderen Linken in nicht immer unkomplizierten internen Auseinandersetzungen als „die Gewaltfreien“ abgekürzten Gruppen (das hatte den für sie netten Nebeneffekt, dass sie den Anarchismus gleich mit wegekürzen konnten!) mit konstruktiven Aktionskonzepten in laufende soziale Massenbewegungen ein und führten diese Bewegungen dabei auch aus Sackgassen: so etwa beim Besetzungs- und Räumungskonzept der Republik Freies Wendland 1980, die nach den verlorenen Bauzaunschlächten 1977/78 eine neue Aktionsperspektive jenseits von Grünen und RAF eröffnete; oder etwa bei der Propagierung des Angriffs auf die Infrastruktur der Atomindustrie durch die Blockaden der Transportwege. (...)

Auch in anderen sozialen Bewegungen waren die Gruppen aus dem Spektrum des gewaltfreien Anarchismus prägend aktiv, (...)

Dass der gewaltfreie Anarchismus auch heute noch beansprucht, ein gesamtes Gesellschaftskonzept der Befreiung zu vertreten und dies auch nach wie vor mittels einer gewaltfreien Revolution, ohne Parteien und Parlamentarismus also, erreichen will, zeigt das prallvolle Programm des Kongresses zur Feier des 40-jährigen Zeitungsbestehens, der vom 7.-9. Oktober in Münster stattfindet und zu dem diese kleine Bewegung die gesamte, große und wie so oft auch heute wieder ratlose Linke in der BRD einlädt. Kongressprogramm: <http://www.graswurzel.net/news/40jahre.shtml>
Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung von Dr. Bernd Drücke (Redakteur der Graswurzelrevolution)

Konzernkritik

Konzernkritik konkret: Stichwort BAYER

Stichwort BAYER ist einmalig in der Zeitschriftenlandschaft. Stichwort Bayer (SWB) enthüllt, was hinter Konzernmauern geschieht. SWB deckt Zusammenhänge auf. SWB macht Druck gegen Konzernmacht und Konzernverbrechen. Für Umweltschutz, Frieden und Gerechtigkeit. Am Beispiel des BAYER-Konzerns.

Stichwort BAYER erscheint viermal im Jahr. Seit nunmehr 30 Jahren. Herausgegeben von der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG). Stichwort BAYER ist mit Tausenden von Leser/innen ein wichtiges Stück Gegenöffentlichkeit.

Technische Infos:

- SWB-Abo: Die Abo-Gebühr kann selbst festgelegt werden. Der Mindestbetrag beträgt 30 Euro jährlich.
- Mitgliedschaft im SWB Förderkreis: Der Jahresbeitrag kann selbst festgelegt werden. Der Mindestbeitrag beträgt 60 Euro jährlich.
- Achtung: Eine Fördermitgliedschaft setzt ein Abo voraus. Sollte noch kein Abo existieren, wird automatisch ein Abo für 30 Euro jährlich zusätzlich zum Förderbeitrag eingerichtet.
- Ein Probeheft können Sie per E-Mail kostenlos anfordern.

Stichwort BAYER wird herausgegeben von der Coordination gegen BAYER-Gefahren.

Das internationale Netzwerk der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) leistet erfolgreich Widerstand gegen einen der großen Konzerne der Welt. Die CBG übt Solidarität mit den Opfern von Konzernverbrechen und Konzernwillkür.

Aus einer E-Mail der Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) vom 04.09.2012. BBU und CBG sind Mitglieder auf Gegenseitigkeit.

Kontakt: Stichwort BAYER (SWB), Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, eMail info@stichwort-bayer.de,
Internet www.cbgnetwork.de/29.html

Verkehrspolitik

Website mit Angeboten zur Senioren-Verkehrssicherheit in Hamburg

Menschen, die 65 Jahre oder älter waren, hatten im Jahre 2011 in Hamburg ein mehr als doppelt so hohes Risiko zu verunglücken wie jüngere Einwohnerinnen und Einwohner. Fast jeder fünfte Hamburger war mindestens 65 Jahre alt. Ihr Anteil an den Verkehrstoten war jedoch deutlich höher: Knapp ein Viertel aller getöteten Verkehrsteilnehmer, 40% der getöteten Fußgänger, sowie ein Drittel der getöteten Radfahrer waren im Seniorenalter.

Damit sich diese traurige Bilanz in Zukunft bessert, hat der Fachverband Fußverkehr als Unterzeichner der „Europäischen Charta für Verkehrssicherheit“ fast 60 Hamburger Angebote und Projekte zur Verbesserung der Verkehrssicherheit älterer Menschen ins Netz gestellt. FUSS e.V. – Projektleiter Frank Biermann meint dazu: „Die Bevölkerung wird bekanntlich immer älter. Wenn wir jetzt nichts tun, könnte die Zahl der Unfälle im Straßenverkehr sogar wieder zunehmen! Ziel der Mitgliedsstaaten der EU ist es aber, im Zeitraum von 2010 bis 2020 die Zahl der Verkehrstoten zu halbieren.“

Zu den mit Unterstützung des Hamburger Sammelfonds für Bußgelder recherchierten Angeboten auf der Website gehören Praxiskurse zur sicheren Teilnahme im Straßenverkehr ebenso wie Internetseiten mit Informationen zum Thema Senioren-Verkehrssicherheit und Broschüren zur Sturzprävention, die neben dem Erhalt der Mobilität bis ins hohe Alter auch der Unfallvermeidung dient. Viele Projekte beschäftigen sich auch mit der Barrierefreiheit im Straßenraum (Absenkung von Bordsteinen u. a.), die neben vielen Senioren auch Menschen mit Behinderung zu gute kommt.

Mit den Hamburger Angeboten wird der Internet-Service unter dem Motto „senioren-sicher-mobil“, der bereits seit 2010 im Internet abrufbar ist, weiter ausgebaut. Er enthält neben den Hamburger Projekten auch Angebote zur Senioren-Verkehrssicherheit, die bundesweit oder in anderen Bundesländern angeboten werden. Die Website bietet darüber hinaus Hintergrundinformationen, Hinweise und Verhaltens-Tipps für alle älteren Verkehrsteilnehmer, unabhängig davon, ob sie zu Fuß, mit dem Rad, dem Auto oder den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind. Ein umfangreiches Literatur-Register rundet das Angebot ab. Zielgruppen der Website sind auch Verkehrs- und Mobilitätsberater sowie Planer und Entscheidungsträger rund um das Thema Verkehrssicherheit und Mobilität.

Weitere Informationen unter www.senioren-sicher-mobil.de.

Pressemitteilung des FUSS e. V. vom 23.08.2012. Der FUSS e. V. ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

Kontakt: Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e.V., Landesgruppe Hamburg, Karin Zickendraht, Tel. 040 43 25 47 78, karin.zickendraht@gmx.de

Zementindustrie

ZKW Otterbein scheuen das Licht der Öffentlichkeit

BBU fordert öffentliches Genehmigungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfung

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert ein öffentliches Genehmigungsverfahren und eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die neuen Pläne der Zement- und Kalkwerke (ZKW) Otterbein in Großenlüder-Müs. Dem Regierungspräsidium Kassel liegt derzeit neben dem Antrag auf Steinbruchvertiefung ein weiterer Antrag der ZKW Otterbein vor. Mit ihrem Antrag vom 28.02.2012 ersucht das Unternehmen die Behörde um Genehmigung des Einsatzes erheblicher Mengen von Fremdmaterialien. Eingesetzt werden sollen gemäß dem Genehmigungsantrag der ZKW Otterbein 98.000 Tonnen jährlich – und dies ohne öffentliche Bekanntmachung und ohne Auslegung der Antragsunterlagen. Auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die nach Auffassung des BBU für das Vorhaben geboten wäre, ist bisher nicht vorgesehen.

Der Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat diese Problematik in seiner Vorstandssitzung Anfang September in Bad Salzschlirf thematisiert. „Neben Kalkstein, Quarzsandfüller und Zementprodukten sollen zukünftig verstärkt auch Stoffe angeliefert, gelagert und verarbeitet werden, bei denen zu befürchten ist, dass sie zu erheblichen Umweltbeeinträchtigungen führen können“, teilt der Umweltschutzverband mit. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Hüttensand und Hüttensandmehl. Diese Stoffe, Hochofenschlacke aus der Metallverarbeitung sowohl als Granulat wie als Mehl, sollen für die Produktion von Zement der ZKW Otterbein eingesetzt werden.

„Hochofenschlacke weist Schwermetalle in unterschiedlichen Konzentrationen auf. Außerdem birgt das Vorhaben gravierende Beeinträchtigungen der Umwelt durch die zu erwartende Zunahme des Lärms, insbesondere durch gesteigerten LKW-Verkehr, sowie des Staubniederschlags“ so Kerstin Desch-Wöhrl, Vorstandsmitglied des BBU und Vorsitzende seiner Mitgliedsinitiative Pro Lebensraum Großenlüder. „Die ZKW Otterbein sehen eine wesentliche Änderung ihrer Anlage vor und scheuen dabei das Licht der Öffentlichkeit. Das ist alles andere als transparent.“

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU ergänzt: „Der Antrag der ZKW Otterbein ist in den wesentlichen Punkten vage gehalten. Besonders deutlich wird dies bei der Darstellung der Inhaltsstoffe des Hüttensands und des Hüttensandmehls. Hier fehlt jeder Hinweis auf das mögliche Vorhandensein von Schwermetallen. Auch bei den Emissionen sind die Staubinhaltsstoffe nicht aufgeführt. Dies ist dem Regierungspräsidium Kassel anscheinend gar nicht aufgefallen. Damit wird deutlich, dass nur in einem Verfahren, in dem die Öffentlichkeit die Möglichkeit besitzt, das Vorhaben intensiv zu prüfen, eine sachgerechte Entscheidung über eine Genehmigung oder Versagung der Anlagenänderung erfolgen kann.“

Der BBU fordert das Regierungspräsidium Kassel daher auf, den Antrag der ZKW Otterbein auf Durchführung eines nichtöffentlichen Verfahrens abzulehnen. Stattdessen muss ein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden.

Der BBU unterstützt die Arbeit der Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder und ruft dazu auf, die Initiative mit Spenden zu unterstützen. Das Spendenkonto der Bürgerinitiative ist bei der Sparkasse Großenlüder, Konto-Nr. 29 003 765 Bankleitzahl 530 501 80. Informationen über die BI Pro Lebensraum Großenlüder gibt es im Internet unter www.pro-grossenlueder.de.

Pressemitteilung des BBU vom 05.09.2012

3. Terminhinweise

Aktuelle Terminhinweise zu verschiedenen Themen findet man auf der BBU-Homepage unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 8 / 2012, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.09.2012. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.